

II-4522 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2213 13

1982 -11- 17

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing. Dr. Zittmayr
und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Kosten der geplanten Urlaubsverlängerung

Der vom Bundesminister für Soziale Verwaltung versandte Ministerialentwurf, der eine Verlängerung des Mindesturlaubes in Etappen auf 5 Wochen und eine Verlängerung des Urlaubs nach einer Dienstzeit von 25 Jahren auf 6 Wochen vorsieht, enthält die Aussage, daß der Kosteneffekt dieser Maßnahme maximal rund 2 % der Bruttolohnsumme betragen werde.

Die Tatsache, daß es angesichts der Probleme der österreichischen Wirtschaft alles andere als sinnvoll ist, derzeit eine Urlaubsverlängerung zu beschließen und somit die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu verschlechtern, hat auch Finanzminister Dr. Salcher eingesehen, indem er meinte, daß die Mehrurlaubspläne von Sozialminister Dallinger geradezu "ein Widersinn" seien, in einer Zeit, in der jeder Schilling zur Investitionsförderung bitter nötig ist. Gleichfalls wies Finanzminister Dr. Salcher darauf hin, daß durch diese Maßnahmen dem Bund nicht unwesentliche Kosten entstehen, die das Budget belasten werden. Gleichzeitig meinte er auch, daß man die weltwirtschaftlich schwierige Situation nur bewältigen werden könne, indem sich alle solidarisch anstrengen und es in einer derartigen Situation nicht sinnvoll wäre, zwei Tage Mehrurlaub ab 1. Jänner 1984 zu beschließen.

Da die geplante Urlaubsverlängerung eine Belastung der Wirtschaft und eine Erhöhung der Personalkosten im Bereich des öffentlichen Dienstes mit sich bringt und es angesichts der besonders schwierigen wirtschaftlichen Situation wirtschaftspolitisch dringendere und sinnvollere Maßnahmen als eine Urlaubsverlängerung zum derzeitigen Zeitpunkt gibt, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A N F R A G E :

1. Werden Sie angesichts Ihrer massiven Bedenken gegen eine Verlängerung desurlaubes im Ministerrat eine Beschlußfassung über die Urlaubsverlängerung verhindern?
2. Wennnein, welche Auffassung der Ministerverantwortlichkeit vertreten Sie?
3. Welche Konsequenzen werden Sie aus der Tatsache ziehen, wenn Sie sich innerhalb der Bundesregierung in einer wirtschaftspolitisch so bedeutenden Frage nicht durchsetzen können?
4. Mit wieviel Milliarden wird das Budget durch die Urlaubsverlängerung in den Jahren 1984, 1985 und 1986 voraussichtlich belastet?
5. Um wieviel wird sich der Zuschußbedarf der verstaatlichten Industrie angesichts der beabsichtigten Urlaubsverlängerung in den Jahren 1984, 1985 und 1986 erhöhen?